

DEKLARATION

"Stellen wir uns unserer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft Europas"

Erklärung junger europäischer Mitte-Rechts-Parlamentarier zum Abschluss des gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), dem European Ideas Network (EIN) und der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament veranstalteten ersten jährlichen Seminars auf dem Petersberg in Bonn

Vor einem halben Jahrhundert haben sechs europäische Länder die Römischen Verträge unterzeichnet und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Dies war ein kühnes und herausragendes Experiment, ein gemeinsames Schicksal zu schmieden. Fünfzig Jahre später umfasst die Europäische Union 27 Partnerländer mit nunmehr nahezu einer halben Milliarde Menschen. Das vereinte, ganzheitliche und freie Europa stellt heute den größten einheitlichen Raum von Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand in der Welt dar.

Als junge europäische Mitte-Rechts-Parlamentarier – sowohl aus nationalen Parlamenten als auch aus dem Europäischen Parlament – glauben wir, dass die gemeinsamen Werte Europas einen kraftvollen Anker in Zeiten der Unsicherheit bieten. Wir halten nicht nur die Errungenschaften der Europäischen Union für sehr bedeutend, sondern messen dem gemeinsamen Handeln auf europäischer Ebene ein großes Potential für unsere Zukunft bei.

Wir haben die Möglichkeit, die Stärken und Werte – die in der Vergangenheit zum Erfolg geführt haben – auf neue Fragen in einer globalisierten Welt anzuwenden. Dabei ist es wichtig, dass sich die Europäische Union den neuen politischen Herausforderungen stellt, vor denen unsere Bürger stehen, dass sie wirksame Lösungen für diese Fragen definiert und konkrete Ergebnisse im Sinne des Gemeinwohls vorlegt. Wenn sie dieser neuen Verantwortung gerecht werden will, muss die Union ihre Handlungsfähigkeit durch strukturelle Reformen verbessern.

Um unseren Beitrag zur künftigen Ausrichtung der Europäischen Union zu koordinieren, haben wir regelmäßige Treffen zum Austausch von Erkenntnissen, Einblicken und Best-Practice-Beispielen vereinbart. Als besonders wichtige Themen, die einer frühzeitigen Aufmerksamkeit bedürfen,

erachten wir die miteinander verflochtenen Fragen von Globalisierung, Außen- und Sicherheitspolitik und transatlantischen Beziehungen.

Mit Blick auf die **Globalisierung** sollte Europa die Möglichkeiten und das Potential für Veränderungen nutzen. Es muss den Schwung für die Reform der Binnenwirtschaft und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf der Grundlage der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, der Förderung von sozialem Zusammenhalt, Innovation und Forschung und der Investition in Humankapital aufrechterhalten. Europa muss sich der Notwendigkeit einer sicheren, erschwinglichen und ökologisch nachhaltigen Energieversorgung sowie einer angemessenen Annäherung zum Klimawandel stellen. Es sollte die Erweiterung des globalen Marktplatzes begrüßen und einen Beitrag zur Förderung und Gestaltung neuer, offener Institutionen im Sinne „globaler Governance“ leisten.

Mit den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge würdigen wir zugleich die Staatskunst, die vor sechzig Jahren den Marshall Plan hervorgebracht hat, mit dem die Vereinigten Staaten sowohl den Wiederaufbau eines vom Krieg zerrissenen Kontinents gefördert als auch den ersten Grundstein für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa gelegt haben. Seither hat sich die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten nicht nur zur wichtigsten Wirtschaftsbeziehung weltweit entwickelt. Sie bot auch den Rahmen dafür, unsere gemeinsamen Ziele voranzubringen – insbesondere im Zeitalter der Globalisierung.

Heute stellen lebendige **transatlantische Beziehungen** eine Voraussetzung dar, um Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft überall auf der Welt erfolgreich miteinander zu verbinden. Um das volle Potential des transatlantischen Dialogs zu entfalten, bedarf es eines gestärkten Systems kollektiver Sicherheit über den Atlantik hinweg sowie eines vertieften transatlantischen Binnenmarkts, auf dem die Standards einander angeglichen und die ordnungspolitischen Systeme schrittweise vereinheitlicht werden. Bezüglich letzterem konnten jüngst wichtige Fortschritte verzeichnet werden.

Auf dem Gebiet der **Außen- und Sicherheitspolitik** ist Europa bereits eine bedeutende Kraft bei der Förderung von regionaler Stabilität im eigenen Umfeld sowie bei der Unterstützung der Entwicklung ärmerer Nationen. Europa spielt eine zunehmend positive Rolle bei den Aufgaben von Friedenserhaltung und Nation-Building. Es hilft, die durch Terrorismus, organisiertes Verbrechen sowie zerfallende und Schurkenstaaten entstandenen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen. Durch eine stärkere europäische Stimme sollten Demokratie, Good Governance, wirksamer Multilateralismus und der Dialog zwischen den Kulturen gefördert werden. Europa kann und muss eine zentrale Rolle dabei spielen, einen „Kampf der Kulturen“ zu verhindern.

Gestützt auf effektive europäische Institutionen, die dabei helfen können Stabilität und Wohlstand im internationalen Kontext zu stärken, kann gemeinschaftliches Handeln unsere gemeinsamen Werte untermauern und damit helfen, unseren Einfluss auf die Welt von Morgen zu maximieren.

Bonn, 14. Mai 2007